

„Lauter Gauner“ - Parlamentsreden zum Thema Korruption

Unter dem Schlagwort „Korruption“ werden derzeit unterschiedlichste Vorfälle der letzten Jahre untersucht und bestimmen weite Teile der heimischen Tagespolitik. Dass eine hitzige innenpolitische Diskussion dazu nicht erst im neuen Jahrtausend entbrannt ist, zeigt diese kurze Zusammenstellung dreier Debattenbeiträge anlässlich der Beschlussfassung der Antikorruptionsgesetze 1964 und 1982. Wir haben Highlights von drei Vertretern unterschiedlicher Parlamentsfraktionen aus den stenographischen Protokollen herausgesucht und sind selbst erstaunt über die Aktualität dieser Wortmeldungen. Unser Resümee aus diesem kleinen Ausschnitt politischer Zeitgeschichte: die Wahrheit ist tatsächlich eine Tochter der Zeit. Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre.

Abg. Nationalrat DDr. Friedrich KÖNIG (ÖVP)¹

...über die frustrierte Volksseele:

„Wenn man heute in das Gasthaus geht oder beim Würstelstand in Wien steht, da kann man zur vorgerückten Stunde hören mit Bezug auf spektakuläre Korruptionsfälle: lauter Gauner.“

...über die Selbstreinigungskraft der Demokratie:

„Die Demokratie ist die einzige Regierungsform, die in der Lage ist, jene Selbstreinigungskraft aufzubringen, diesen schmerzlichen Prozess des Aufstechens solcher Eiterbeulen, des Ausdrückens solcher Eiterbeulen auch wirklich zu bewältigen. Ich glaube daher, dass man der jungen Generation, die den Einblick nicht haben kann, es immer wieder sagen muss, dass das der Vorzug unserer Demokratie ist.“

...über die Notwendigkeit des U-Ausschusses als Minderheitenrecht:

„Ich darf aus dem Anlass des nun einstimmig zur Beschlussfassung stehenden Antikorruptionsgesetzes an die Mehrheitspartei in diesem Hause die Bitte richten, neuerlich nachzudenken, wie wir die Kontrollrechte des Parlaments und hier im Besonderen die Kontrollrechte der Opposition, der kontrollierenden Opposition erweitern können, wobei das heute die Volkspartei und die Freiheitliche Partei betrifft und morgen die Sozialistische Partei betreffen kann. Es ist das eine Grundfrage unserer Demokratie, nicht eine Frage der parteipolitischen Interessen.“

„Ich glaube, dass es hier notwendig sein wird, über das Minderheitsrecht der Beauftragung des Rechnungshofes hinaus auch das Minderheitsrecht zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen zu schaffen, sicher auch in der Zahl begrenzt, wie es ja auch nur die Möglichkeit gibt, zur gleichen Zeit einen Prüfungsauftrag dem Rechnungshof zu erteilen.“

...über minderqualifizierte Manager:

„Und drittens möchte ich feststellen, dass wir ob all der spektakulären Korruptionsfälle nicht übersehen dürfen, dass die größten Schäden für die Allgemeinheit, für die der Steuerzahler aufkommen muss, letzten Endes in jenen Bereichen liegen, wo minderqualifizierte oder unfähige Leute in verantwortungsvolle Positionen berufen

¹ Stenographisches Protokoll der 110. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich vom 1. Aprils 1982, XV. Gesetzgebungsperiode

wurden und wo sie dann überfordert sind und wo der Schaden - der nicht aus niedriger Gesinnung oder aus Korruption heraus entsteht, sondern einfach aus schlichter Unfähigkeit. - ein Vielfaches dessen beträgt, was die spektakulären Korruptionsfälle an Schaden verursachen.“

... über das Wesen der Korruption:

„Wir haben im Zuge der Korruptionsfälle festgestellt, dass unsere moderne Zeit eben neue Formen kennt, die mit den alten Gesetzen nicht erfasst werden können. Etwa die Hehlerei. Ja längst ist es nicht mehr so, dass das gestohlene Gut das Gut ist, das der Hehler nimmt und verhehlt, sondern es geht heute um den Erlös, um Bankkonten, um transformierte veruntreute Güter, wie etwa jenes Bankkonto in der Schweiz, das von der Tante des Herrn Winter dann "abgeräumt" wurde, und man konnte gegen diese dritte Person nicht einmal vorgehen, weil uns die gesetzlichen Bestimmungen gefehlt haben.“

...über Geschenkkannahme:

„Wir haben die Geschenkkannahme für Beamte wesentlich verschärft in den Strafbestimmungen, und wir haben auch neu einbezogen den weiten Bereich nicht nur der leitenden Angestellten in der Wirtschaft, sondern auch die zweite und dritte Ebene, jene, die als fachlich qualifizierte Berater laufend mit der Beratung der Entscheidungsträger beauftragt sind und durch ihren Rat, durch die Vorlagen, die sie präsentieren, natürlich sehr wesentlich beitragen, ob die Entscheidung so oder anders ausfällt.“

Abg. z. NR Karl BLECHA (SPÖ) ²

...über die Notwendigkeit von mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung:

„Wir verlangen daher mehr Transparenz, nicht nur in unseren programmatischen Aussagen, sondern auch durch die praktische Politik: mehr Transparenz in die Verwaltung durch Entbürokratisierung, mehr Transparenz in die Wirtschaft durch Mitbestimmung, mehr Transparenz in die Parteien durch innerparteiliche Demokratie und mehr Transparenz in die Parteienfinanzierung durch Offenlegungsbestimmungen. Das ist eine der Erkenntnisse, die man aus jüngsten Erfahrungen ziehen muss: Reduzierung der Möglichkeiten der Heimlichkeit.

„Erst diese Transparenz stellt unserer Meinung nach sicher, weshalb Korruption in der Demokratie weniger Chancen haben darf und weniger Chancen haben muss als in einem totalitären System. Denn nur sie ist im Prinzip, wenn auch nicht in jedem Einzelfall, der Publizität und der Kontrolle verpflichtet, während sich jede Diktatur höchstens, nämlich jetzt umgekehrt, im Einzelfall, aber nie im Prinzip zur Publizität bekennen wird.“

...über die Verantwortlichkeit gescheiterter Manager:

„Mein Vorredner hat schon auf Großinsolvenzen der letzten Zeit hingewiesen, die bewiesen haben, dass etwa unfähige Manager, die gerade aus dem Titel ihrer hohen Verantwortung oft für die Öffentlichkeit unverantwortlich hohe Bezüge kassieren, natürlich zur Verantwortung gezogen werden sollen, wenn sie eine Pleite verursacht haben, ganz gleich, ob sie jetzt in öffentlichen oder privaten Unternehmen tätig sind. Wer daher durch leichtfertige Geschäftsgebarung ein Unternehmen zugrunde richtet, hat wegen fahrlässiger Krida zu haften, aber vor allem auch dann, wenn die öffentliche Hand eingeschritten ist und den Zusammenbruch des Unternehmens verhindert hat. Das Merkwürdige, das Grotteske an dem bisherigen Rechtszustand war ja, dass jemand durch Unfähigkeit

² Stenographisches Protokoll der 110. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich vom 1. Aprils 1982, XV. Gesetzgebungsperiode

oder Fahrlässigkeit ein Unternehmen zugrunde richtet, die Allgemeinheit schädigt, hunderten Arbeitnehmern den Arbeitsplatz stiehlt, einer Unzahl von Menschen schweren Schaden zufügt, dafür aber nicht zur Verantwortung gezogen werden kann, weil nach dem geltenden Gesetzestext das Tatbestandserfordernis der Zahlungsunfähigkeit bei diesen Unternehmen nicht gegeben ist, da eben die öffentliche Hand eingesprungen ist. Die öffentliche Hand aber springt nicht in die Bresche, um einen Kridatar vor der Bestrafung zu retten, sondern ausschließlich deshalb, um volkswirtschaftlichen Schaden hintanzuhalten. Mit dieser Änderung wird einem echten Bedürfnis Rechnung getragen.“

„Dieses Zweite Antikorruptionsgesetz ist, Hohes Haus, eine der Konsequenzen, die wir Sozialisten aus den Vorkommnissen rund um das AKH gezogen haben. Wir haben damals - und das zeigt sich auch heute - gehandelt. Die ÖVP hat gehofft, auf den Wogen eines sogenannten Skandals in lichtere Popularitätshöhen schwimmen zu können.

„Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass der AKH-Prozess, den wir alle erlebt haben, uns ja erst gezeigt hat, was wirklich dahinterstand: kein politischer Skandal, sondern eine Wirtschaftsphilosophie des persönlichen Vorteiles, getragen von Managern, die in einem öffentlichen Unternehmen tätig sind, und von den Vertretern großer, angesehener Unternehmen der Privatwirtschaft.“

...über das verrothene Wertesystem:

„Es hat uns erschreckt, dass dieses Wertesystem, welches Geld an die erste Stelle reiht, offensichtlich von so vielen akzeptiert wird und in Verbindung mit den Schalmeienklängen, mit denen man Begriffe wie Leistungsdenken und Leistungsanreiz versieht, einen hemmungslosen Egoismus gefördert hat, der letztlich in die Zerstörung menschlicher Beziehungen und in die Zerstörung des menschlichen Charakters mündet.“

„Wir haben daraus Konsequenzen in vielfacher Hinsicht gezogen. Wir haben eingesehen, dass die Bildungsarbeit politischer Parteien, die ein unverzichtbarer Teil der Gesellschaft sind, für ein anderes Wertesystem, das etwas Mitmenschlichkeit in den Vordergrund rückt, verstärkt werden muss.“

„Wir haben für Landes-, Bundesregierungsmitglieder und Staatssekretäre ein Verbot, während ihrer Amtstätigkeit einen Beruf mit Erwerbsabsicht auszuführen, durchgesetzt. Wir haben in unserem eigenen Bereich durch eine Änderung unseres Parteistatuts die Unvereinbarkeitsbestimmungen verschärft und auf einen viel größeren Personenkreis ausgedehnt. Sozialistische Regierungsmitglieder, sozialistische Staatssekretäre, müssen sich innerhalb von sechs Monaten nach Übernahme eines Amtes von allen Eigentums- und Pachtrechten an Erwerbsunternehmen trennen.

Abg. z. NR Gustav ZEILLINGER (FPÖ)³

„Es gelang Ihrer geschickten Taktik und Ihrer Klugheit, die Bestrafung der Korruption zehn Jahre lang zu verhindern. Das ist der einzige Erfolg, den Sie erzielt haben!“ (zu den beiden Regierungsparteien ÖVP und SPÖ)

„Soll ich jetzt anfangen, alle Korruptionsaffären während der letzten zehn Jahre aufzuzählen? Wenn Sie die alle auf Ihren Kopf nehmen wollen, dann ist das sogar für Ihren Kopf zu viel, Herr Kollege Hurdas (ÖVP).“

„Offen bleibt natürlich das weite Feld jener kleinen Korruption, von der man weniger in der Zeitung liest. Wenn heute jemand nicht mindestens eine Million unterschlägt, kommt er ja gar nicht in die Zeitung. Dieses weite Feld der kleinen Korruption bleibt eigentlich weiterhin ohne jede Sanktion. Es wird auch in Hinkunft möglich sein, eine öffentliche Stelle – dort, wo es eben so Sitte ist, und das soll irgendwo in Österreich vorkommen, das Volk behauptet es zumindest – erst dann zu bekommen, wenn man die Beitrittserklärung zu diesem oder jenem Bund ausfüllt, oder dass ein Wohnungsgesuch erst Aussicht hat, wenn jemand einer oder sogar mehreren Parteien angehört – Sie alle wissen, dass das vorkommt.“

„Wir Freiheitlichen möchten sagen: Wir empfinden den Zwang, einer Partei beitreten zu müssen, um eine Wohnung bekommen, genauso als Korruption wie jene Fälle, die sich auf dem größeren Gebiet der öffentlichen Fonds ergeben.“

(Zusammengestellt von Daniel Mayr, Bakk. phil.)

³ Stenographisches Protokoll der 48. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich vom 29. Aprils 1964, X. Gesetzgebungsperiode